

6. 10. 1917

146

## Die Zukunft des Abendlandes.

Vom Geheimen Regierungsrat Dr. Friedrich Curtius  
(Heidelberg).

Uebereinstimmende Erklärungen der Leiter der Politik in Deutschland, England und Frankreich bekunden die Richtung auf einen Frieden, der gegen Katastrophen wie die vom August 1914 gesichert ist. Die Pazifisten wittern deshalb Morgenluft und hoffen, für ihre Vorschläge zur Fortbildung des Völkerrechtes, die früher nur einen kleinen Kreis von Liebhabern interessierten, bei Regierungen und Völkern Gehör zu finden. Indessen darf man sich über den Wert der völkerrechtlichen Technik keine Illusionen machen. Alle Vereinbarungen zur Fortsetzung des im Haag begonnenen Werkes und die höchst wertvollen Gedanken der amerikanischen „League to enforce peace“ scheitern

einen entschiedenen und dauernden Friedenswillen der beteiligten Mächte voraus. Mit dieser vorhanden, so kann auch die bisher übliche diplomatische Verhandlung zu friedlicher Begleichung von Differenzen führen. Fehlt aber dieser Friedenswille nur bei einer Großmacht oder zeigt er sich neuen Gegenständen, die der Gang der Geschichte hervorruft, nicht gewachsen, so wird die pazifistische Vereinbarung ernstet Verfolgung nicht standhalten. Voraussetzung für einen dauernden Frieden ist also die Entstehung eines Friedenswillens von nachhaltiger Kraft, ein Friedensglaube, eine ethische Ueberzeugung, die von Machtgelüsten und Spekulationen auf Gewinn nicht überwältigt werden kann. Dieser Glaube muß eine die Regierungen bindende Ueberzeugung der Völker sein.

Darum ist es nicht geraten, ohne jede räumliche Beschränkung vom ewigen Frieden oder vom dauernden Frieden als einem möglichen Ziel praktischer Politik zu sprechen. Was man erstreben und erreichen kann, ist die Ausdehnung des Gebietes, in dem der Krieg ausgeschlossen ist, über die Grenzen des einzelnen Staates auf eine Gemeinschaft von Staaten, in denen die Einsicht durchgedrungen ist, daß kein Vorteil, den einer von dem anderen erringen könnte, das Risiko und die Opfer eines Krieges wert wäre. Schon aus diesem Grunde sollte man nicht, wie es wohl geschieht, von einem Weltfriedensvertrag „aller Kulturstaaten“ reden. Der Begriff ist ein ganz unbestimmter. Denn was heißt Kultur? Wovon zum Beispiel hat an den intellektuellen und technischen Fortschritten der modernen Zivilisation vollen Anteil. Aber die Elemente der ethischen Kultur Europas sind ihm fremd geblieben. Sonst hätte die japanische Regierung weder vor der Welt noch vor dem eigenen Volk ihren Überfall auf Deutschlands ostasiatischen Besitz verantworten können. Dieses Vorgehen stand auf der Kulturhöhe eines Kaffernstammes oder der Siouxindianer. Einen derartigen Staat kann man immer nur wie eine Naturmacht behandeln, deren man sich erwehrt, die man auch unter Umständen zum eigenen Vorteil benutzen kann, der gegenüber aber jedes sittliche Verhältnis, jede Bindung auf Treue und Glauben ausgeschlossen ist. Auch in Rußland ist das rein Naturhafte im Charakter des Staates überwiegend. Despotie im Innern und wilder, ungestümer Expansionsdrang nach außen. Was in Rußland geistiges Leben vertritt und menschen-

lich sympathisch ist, das fühlt sich vor dem russischen Staat angesetzt und steht ihm mit bitterem Hohn und tiefem Groll gegenüber. Ein solcher Staat braucht den Krieg, weil er für seine Hilfsmittel keine andere Verwendung für seine Volk keine andere, der bestehenden Gewalt ungesährliche Beschäftigung hat. Unsinnig wäre es, mit einer derartigen Macht einen Bund einzugehen, der den Krieg ausschließen soll. Dazu ist die erste Voraussetzung eines Friedensbundes, daß wenigstens im Moment des Abschlusses alle Beteiligten wirklich befriedigt sind, daß nicht, wie Kant's erster Präliminarartikel zum ewigen Frieden sagt, „der Friedensschluß mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffes zu einem künftigen Krieg“ gemacht wird. Nun haben wir allen Grund zu der Hoffnung, daß Rußland nicht befriedigt aus diesem Kriege hervorgehen wird. Also wäre es eine kühne Hoffnung, dieser Staat werde den Frieden, zu dem er endlich genötigt sein wird, ohne „geheimen Vorbehalt“ schließen. Wird diese Resignation auch auf den Westen ausgedehnt, so gelangt man zu jener Orientierung der Zukunft, die unter dem Namen „Mitteleuropa“ vertreten wird, dem Programm des Schützengrabens, das von den durch die Staatsmänner bestärkten Hoffnungen der Pazifisten sehr verschieden ist.

Ich kann mich zu dieser Resignation noch nicht entschließen. Die Verheerungen des Krieges sind so furchtbar und werden so lange nachwirken, daß der Gedanke, gleich nach dem Friedensschluß solle das Wettstreiten von neuem beginnen, so viel wie Verzweiflung bedeutet. Wenn man aber bedenkt, daß es die leitenden Staatsmänner Deutschlands und Englands waren, die das pazifistische Programm als Kriegsziel bezeichneten, so ergibt sich schon daraus, daß die Möglichkeit eines über Mitteleuropa hinausgehenden Friedensbundes nicht ohne weiteres verneint werden darf, daß vielmehr die Frage so gestellt werden muß: ist es denkbar, daß zwischen Frankreich, England und den Zentralmächten ein Friede zustande kommt, der als Grundlage für eine ernst gemeinte leistungsfähige völkerrechtliche Organisation zur Friedenserhaltung dienen kann? Ein solcher westeuropäischer Friedensbund ist nur denkbar auf Grund einer gegenseitigen Garantie des Bestandes, wie er durch den Frieden gestaltet werden wird. Er müßte außerdem für alle Differenzen, zu denen die Expansion der Mächte in fremden Weltteilen führen kann, den Grundsatz der Verständigung und ein dazu taugliches Verfahren, etwa nach den amerikanischen Vorschlägen, feststellen. Das ungeschriebene Gesetz, nach dem die Ausgleichung solcher Konflikte zu erfolgen hätte, wäre die rückhaltlose Anerkennung der weltpolitischen Gleichberechtigung aller Mächte, die Zulässigkeit der Expansion, wo keine andere Macht dadurch geschädigt wird, andernfalls Ausgleich der Interessen oder Entschädigung. Endlich müßte der Friedensbund die Beschränkung der Rüstungen ermöglichen durch die Zusage der Waffenhilfe, wenn einer der Kontrahenten von einer fremden Macht überfallen wird.

Die erste Bedingung des vorbehaltslosen Friedens, der zu dem Friedensbund führt, ist natürlich der Verzicht auf Bestimmungen, die einen der kämpfenden Staaten so schädigen, daß das Verlangen der Korrektur seiner Bestimmungen unvermeidlich ist. Wenn aber die deutsche Westgrenze bleibt, wo sie ist, so wird von Frankreich ein ehrlicher Verzicht auf die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen gefordert. Man kann fragen, ob eine solche Resignation nach der Psychologie des französischen Volkes denkbar ist. Ich halte diesen Zweifel nicht für begründet. Die pazifistische Bewegung, die aus